

CWVG-Dialog

Magazin der CWG e. V. an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der TU Chemnitz

ISSN 1610-8248 (Print) - ISSN 1610-823X (Internet)

AUSGABE 04/04, November 2004

Klimaschutz auf dem deutschen Elektrizitätsmarkt

von Dr. Marc Ringel

1. Einführung: Klimaschutz und der deutsche Strommarkt

Zur Eindämmung des anthropogenen Treibhauseffekts, d. h. einer menschenverursachten Erwärmung der Erdatmosphäre, ist die Reduktion des Ausstoßes sogenannter Treibhausgase erforderlich. Hierbei richtet sich in Industrieländern wie Deutschland das Augenmerk vorwiegend auf die Reduktion des mengenmäßig bedeutendsten Gases Kohlendioxid (CO₂) und auf die Sektoren, die den absolut größten Ausstoß dieses Gases verursachen. Mit einem Emissionsvolumen von ca. 250 Mio. t (2002) steht hierbei die Elektrizitätserzeugung und -versorgung in Deutschland an vorderster Stelle.

Der klimaschutzpolitische Ansatz bei der Elektrizitätsversorgung ist allerdings auch aus einem anderen Grund von Interesse: Aufgrund des natürlichen Monopols des leitungsgebundenen Transports von Elektrizität galt der Sektor bis 1998 als staatlich beaufsichtigter Ausnahmebereich. Seit der Liberalisierung im Jahr 1998, d. h. Einführung von Wettbewerb, befindet sich die Stromversorgung zur Zeit in einem Umstrukturierungsprozess, der genutzt werden kann, um durch den Einsatz staatlicher Instru-

mente dem Klimaschutz stärker Rechnung zu tragen.

Die Anforderungen an den Instrumenteneinsatz sind hoch. Neben einer Vereinbarkeit mit den physischen und ökonomischen Besonderheiten des Sektors und den Abläufen des liberalisierten Marktes müssen sich die Instrumente in zahlreiche Zielvorgaben und Rahmenbedingungen der Energie- und der Klimaschutzpolitik einfügen, die sowohl auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene existieren (Kioto-Protokoll, Burdern Sharing der EU, energiepolitische Oberziele u. ä.). Daher scheint eine umfassende umweltökonomische Analyse geboten, um Aussagen über die Wirksamkeit und mögliche Weiterentwicklungsoptionen des deutschen Instrumentenmix treffen zu können.

2. Ansatzpunkte der Klimaschutzinstrumente und Beurteilungskriterien

Zu einer ersten Systematisierung der Ansatzpunkte für Klimaschutzmechanismen bietet sich eine Betrachtung der Wertschöpfungskette des Elektrizitätssektors an. Am Anfang der Kette kann eine kohlenstoffarme Primärenergieträgerstruktur sowie die Nutzung effizienter Kraftwerkstechnologien einen Bei-

trag zur Reduktion von CO₂ liefern. Bei gegebenen politischen Rahmenseetzungen (u. a. Ausstieg aus der Kernenergie) sind somit Maßnahmen zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien sowie effizienter Kraftwerke (vorwiegend Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) bedeutsam. Während in Deutschland hierzu *Einspeisevergütungen* genutzt werden, zeigt ein Blick auf die europäische Förderpraxis, dass ein mengenbasiertes Modell „grüner Zertifikate“ eine durchaus attraktive Alternative darstellt.

Die gewonnene Elektrizität muss über Transport- und Verteilungsnetze dem Kunden zugeführt werden. Dabei entstehen Netzverluste an Elektrizität, die durch eine Neuordnung der Einspeisestruktur (viele dezentrale Anlagen mit kurzen Wegen zum Endverbraucher) gesenkt werden können. Ein geringerer Elektrizitätsverbrauch impliziert dabei einen geringeren Einsatz von Primärenergieträgern und damit geringere

INHALT

Klimaschutz auf dem deutschen Elektrizitätsmarkt	1
Design optimaler Transfermechanismen im Finanzausgleich	4
Vereinigung der anderen Art: Fusion zweier Universitäten in Südafrika	6
Vogelperspektive aus der 41. Etage - Praktikum bei der DekaBank	7
Wirtschaftsförderung in der Region Chemnitz-Zwickau	7
Alumni	8
Italienischer Wissenschaftler in Chemnitz	9
Zitate und Ökonomie	9
Veranstaltungstermine	10

CO₂-Emissionen. Da eine solche Umstrukturierung die gesamte Angebotsseite der Elektrizitätsversorgung betreffen würde, sind nach Auffassung der Bundesregierung verschiedene Maßnahmen geeignet. Dazu zählen die deutsche Teilnahme an dem europäischen *Emissionshandel*, *freiwillige Selbstverpflichtungen* der Industrie zur CO₂-Reduktion und verschiedene *Subventionsmaßnahmen*.

Weiter in der Kette der Elektrizitätsversorgung nutzt der Verbraucher den ihm zugeleiteten Strom, um mithilfe von Verbrauchsgeräten Nutzenergie wie z. B. beleuchtete Räume oder erwärmtes Essen - sogenannte „Energiedienstleistungen“ - zu erhalten. Eine Energieeinsparung bzw. Emissionsminderung wäre dabei zum einen durch einen gesenkten Stromverbrauch möglich; zum anderen wäre die Nutzung umwandlungseffizienter Verbrauchsgeräte denkbar. Um diese Klimaschutzoptionen anzusprechen, eignen sich die *Stromsteuer* der ökologischen Steuerreform sowie sogenannte „*flankierende Maßnahmen*“ wie Energie-Audits, Energie-Contracting und die Kennzeichnung von Elektrizität bzw. von Verbrauchsgeräten („Label“).

Die genannten Instrumente können als Kerninstrumente der deutschen Klimaschutzpolitik angesehen werden, da sie für den Großteil der von der Bundesregierung angestrebten Emissionsminderungen sorgen sollen.

Zur Beurteilung der Instrumentenwirkung ist zunächst eine umweltökonomische Analyse erforderlich. Demnach sollen die Instrumente an den Beurteilungskriterien ökologische Effizienz (Erreichung des Umweltziels), ökonomische Effizienz (kostenminimale Zielerreichung), Marktkonformität, Vereinbarkeit mit den Ziel- und Rahmenseetzungen sowie Akzeptanz/Durchsetzbarkeit der Maßnahmen gemessen werden. Um über die Ergebnisse der Analyse hinaus Schlussfolgerungen für Weiterentwicklungsoptionen ziehen zu können, bietet es sich an, der deutschen Instrumentenausgestaltung alternative Ausgestaltungsformen ähnlicher Instrumente in anderen europäischen Ländern gegenüberzustellen.

3. Ergebnisse der Instrumentenanalyse

Aus der Zuordnung der Instrumente zur Wertschöpfungskette der Elektrizitätsversorgung zeigt sich, dass der gegenwärtige Instrumentenmix der Bundesregierung an allen Gliedern der Kette ansetzt und damit eine Feinsteuerung der Emissionsreduktion möglich ist. Dies ist prinzipiell positiv zu werten. Betrachtet man allerdings das Abschneiden der einzelnen Instrumente bei Anwenden der Beurteilungskriterien, zeigen sich durchaus zahlreiche Kritikpunkte.



Dr. Marc Ringel

• *Einspeisevergütungen*

Gesetzlich fixierte Einspeisevergütungen sind ökologisch sehr effektiv zur Förderung erneuerbarer Energien. Damit hieraus eine langfristige Reduktion der CO₂-Emissionen resultiert, ist jedoch eine Substitution fossiler Primärenergien erforderlich. Diese kann nur erreicht werden, wenn sich die Förderung stärker an der Zuverlässigkeit der Stromabgabe einzelner Energieformen orientiert. Dies wäre auch im Hinblick auf die Effizienz der Förderung zu befürworten, wobei sich generell das Problem stellt, einen angemessenen Fördersatz zu finden. So belegen die spanischen und französischen Einspeisevergütungen, dass eine stärkere Nutzung regenerativer Energien und der KWK auch mit geringeren Fördersätzen möglich ist. Um stärkere Effizienzreize zu setzen, wäre in einem ersten Schritt zu überlegen, anstelle der fixen Sätze ähnlich wie in Spanien und Frankreich eine Teilvergütung (Bonus) einzuführen, die

auf dem Marktpreis aufsetzt. Nach einer Anschubphase der Förderung wäre insbesondere mit Blick auf die Vereinbarkeit mit dem europäischen Strombinnenmarkt und EU-Rahmenseetzungen zu überlegen, ein mengenbasiertes Fördermodell, wie etwa Grüne Zertifikate, einzusetzen.

• *Grüne Zertifikate*

Die Kennzeichnung von Strom durch ein „Grünes Zertifikat“ und die getrennte Handelbarkeit dieses Öko-Labels unabhängig von der physischen Strombereitstellung wird nach erfolgreicher Einführung in den Niederlanden mittlerweile in acht europäischen Staaten zur Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt oder erwogen. Die Zertifikate zeichnen sich durch hohe ökologische Treffsicherheit sowie hohe ökonomische Effizienz aus. Problematisch ist die Effizienzorientierung allerdings, da marktferne Energieträger mit einem langfristig hohen Stromerzeugungspotential evtl. nicht gefördert werden. Insbesondere aufgrund der Kompatibilität mit den europäischen Rahmenseetzungen wäre ein langfristiger Übergang zu diesem Fördermodell auch für Deutschland erwägenswert, vor allem für Energieträger, die sich in der Nähe der Marktreife befinden.

• *Teilnahme am europäischen Emissionshandel*

Der Emissionshandel schneidet bei der Betrachtung der Beurteilungskriterien ökologische Effektivität und ökonomische Effizienz sowie Marktkonformität theoretisch gut ab, weshalb eine deutsche Teilnahme grundsätzlich positiv zu werten ist. Allerdings kann die Erfüllung der Beurteilungskriterien in der Realität bislang noch nicht analysiert werden, da zahlreiche Einzelregelungen erst aktuell geklärt werden (Anbindung an einen internationalen Emissionshandel, Verhältnis zu anderen nationalen Klimaschutzinstrumenten), die starken Einfluss auf die tatsächliche Wirkung des Instruments haben werden.

• *Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie*

Der Emissionshandel ist ein mögliches Substitut der freiwilligen Selbstverpflichtungen der deutschen Industrie zur

CO₂-Reduktion, die sich seit Anfang der 1990er Jahre infolge mehrerer Verhandlungsrunden zu einem ökologisch treffsichereren Instrument entwickelt haben. Allerdings setzen die Selbstverpflichtungen nur einen begrenzten Anreiz zu dynamischer Effizienz, bzw. wurden im politischen Prozess häufig genutzt, um den Einsatz anderer Instrumente zu blockieren. Aufgrund dieser zwiespältigen Bilanz scheint es geboten, über die Zukunft der Selbstverpflichtungen nachzudenken. Zum einen wäre langfristig eine Überführung der Selbstverpflichtungen in den Emissionshandel denkbar. Zum anderen wäre auch eine stärkere Institutionalisierung (Einführung von wirksamen Sanktionsmechanismen) wie in den Niederlanden oder Dänemark denkbar.

- *Subventionen*

Eine ähnlich zwiespältige Beurteilung wie die freiwilligen Selbstverpflichtungen muss auch im Bereich der Subventionen getroffen werden. Auf der einen Seite zielen viele staatliche Subventionsprogramme darauf, bestehende Lücken der anderen Klimaschutzinstrumente zu schließen (F&E bei erneuerbaren Energien, Kraftwerkstechnologien u. ä.). Andererseits können einige Subventionstatbestände den Zielen des Klimaschutzes zuwider laufen.

- *Stromsteuer der ökologischen Steuerreform*

Obwohl die Besteuerung von Elektrizität auf der Nachfrageseite das zentrale Instrument zur Erhöhung der Verbrauchseffizienz und zur Dämpfung der Nachfrage ist, ergeben sich vorwiegend aus ökologischer Perspektive Kritikpunkte. So ist die Anpassungsreaktion der Wirtschaftssubjekte durch die Besteuerung weitgehend ungewiss. Weiterhin werden die CO₂-Emissionen der einzelnen Energieträger unterschiedlich besteuert. Schließlich unterliegen auch erneuerbare Energien in der Praxis der Steuerpflicht. Daher wäre zu erwägen, ähnlich wie in Schweden oder Dänemark, zu einer gestuften Besteuerung des Energie- und Kohlenstoffgehalts der Energieträger überzugehen.

Um zu zusätzlichen Reduktionsanstrengungen anzuregen, wäre es denkbar, anstelle der bislang pauschalisierten ermä-

ßigten Steuersätze individuelle Ermäßigungen für die Durchführung von Energie-Audits oder die Erhöhung der Energieeffizienz des Verbrauchs zu gewähren. Spätestens an dieser Stelle zeigt sich, dass eine Verzahnung der einzelnen Instrumente wünschenswert sein könnte, um zusätzliche Anreize zu Emissionsminderungen zu setzen.

- *Flankierende Mechanismen*

Freiwillige, flankierende Mechanismen wie die Verbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeräten, der Ausweis der Primärenergieträgerstruktur auf der Stromrechnung („Label“) sowie Energiespar-Contracting und Energie-Audits dürften gerade nach der Marktliberalisierung an Bedeutung gewinnen. Obwohl sie auch weiterhin nur eine begleitende Funktion haben dürften, könnte ihr großer Beitrag zum Klimaschutz auf dem deutschen Stromsektor als Bindeglied zwischen den anderen, „großen“ Klimaschutzinstrumenten bestehen.

4. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Zusammengefasst zeigt die umweltökonomische Analyse, dass zunächst zahlreiche, kleine Fortentwicklungsmöglichkeiten für die einzelnen Instrumente der deutschen Klimaschutzpolitik existieren. Darüber hinaus lassen sich jedoch auch strukturelle Fortentwicklungsmöglichkeiten aufzeigen.

Systematisiert man die Klimaschutzinstrumente nach ihrem Ansatzpunkt auf dem Markt in Preisinstrumente (Einspeisevergütungen, Stromsteuer, Subventionen), Mengeninstrumente (Emissionshandel, Grüne Zertifikate) und freiwillige Maßnahmen (industrielle Selbstverpflichtungen, flankierende Mechanismen) zeigt sich zunächst ein eindeutiges Bild. Während Preissteuerungsmaßnahmen und freiwillige Maßnahmen für den Hauptteil der Emissionsenkungen sorgen sollen, ist der Einsatz mengensteuernder Instrumente bislang erst nachrangig im Instrumentenmix verankert. Gerade Mengenmaßnahmen können jedoch im Bereich der Klimaschutzpolitik einen erheblichen Beitrag leisten und sollten daher deutlich stärker genutzt werden, als dies bisher der Fall ist.

Zuletzt belegt eine Übersicht der Instrumente, dass zwar eine Reihe wirksamer Mechanismen existieren, diese jedoch weitgehend unverbunden als „Stand alone“-Maßnahmen wirken. Gerade der Blick auf die Klimaschutzprogramme in anderen europäischen Ländern belegt demgegenüber, dass gerade durch eine geeignete Verknüpfung der Maßnahmen zusätzliche Anreize zu Emissionsminderungen gesetzt werden können.

So könnten Stromlabel eine fließende Überführung der Einspeisevergütungen für marktnahe Energieträger zum Modell Grüner Zertifikate ermöglichen. Energie-Audits und Contracting-Modelle sind gleichsam geeignet, die freiwilligen Selbstverpflichtungen an den europäischen Emissionshandel anzubinden bzw. zu integrieren.

Weiter bietet insbesondere die Stromsteuer zahlreiche Verknüpfungen zu den anderen Instrumenten: Bei einer Emissions-/Energiebesteuerung wäre eine enge Anbindung an den Emissionshandel möglich. Zusätzlich entstünden durch Steuerermäßigungen für Energie-Audits bzw. freiwillige Selbstverpflichtungen weitere Anreize zu freiwilligen CO₂-Reduktionsmaßnahmen. Zuletzt bieten Steuerbefreiungen für den Strom aus erneuerbaren Energien (belegt durch Label) oder für den Kauf Grüner Zertifikate eine unproblematische aber effektive Möglichkeit, den Kauf erneuerbarer Energien zu fördern, bzw. das Bewusstsein hierfür zu schärfen.

Insgesamt erscheint eine behutsame Revision im Sinne einer schrittweisen Anpassung der Mechanismen angebracht, um unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen stabilen und langfristig funktionsfähigen Policy-Mix zu ermöglichen. Dieses *piecemeal engineering* im Sinne Karl Poppers mag zuweilen unbefriedigend erscheinen. Es dürfte aber gerade im Zuge der Marktliberalisierung die angemessene und langfristig erfolgversprechendere Strategie sein. Genau diese Langfristorientierung ist Garant einer wirksamen Klimaschutzpolitik, die nicht im Jahr 2012 endet, sondern vielmehr dauerhaft ausgerichtet werden muss.

Informationen zum Autor:

Am 03. Juni 2004 hat Herr Dipl.-Volksw. Marc Ringel seine Dissertation „Energieversorgung und Klimaschutz: Analyse der Klimaschutzmaßnahmen auf dem deutschen Strommarkt unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen“ verteidigt. Gutachter waren Prof. Dr. John (TU Chemnitz), Prof. Dr. Gramlich (TU Chemnitz) und Frau Prof. Dr. Kulesa (FH Mainz, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, WBGU).

Die Dissertation erschien im Herbst 2004 in der Reihe Europäische Hochschulschriften des Peter Lang Verlags, Frankfurt am Main.

Design optimaler Transfermechanismen im Finanzausgleich

von Dipl.-Vw. Martin Altemeyer-Bartscher

Fakultät für Wirtschaftswissenschaften

In einem Teilprojekt unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Kuhn im SSP 1142 „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft werden anreizkompatible Transferschemen im Finanzausgleich untersucht. Der Artikel gibt einen Überblick über einige Problemstellungen des Projektes.

Finanzausgleich und Föderalismus

In vielen föderalen Staaten, wie zum Beispiel Kanada, Deutschland und die Schweiz, ist der Finanzausgleich ein grundlegendes Merkmal. Lokale öffentliche Güter werden in Föderationen durch lokale Gebietskörperschaften bereitgestellt. Ein wichtiges Argument für eine dezentrale Bereitstellung öffentlicher Güter durch lokale Gebietskörperschaften liefert die *Theorie des fiskalischen Föderalismus* von Oates (1972). Er hebt hervor, dass dezentrale Entscheidungsträger auf lokaler Ebene die regionalspezifischen Gegebenheiten besser kennen und auf diese besser eingehen können, als dieses bei einer zentralstaatlichen Struktur der Fall wäre. Jedoch ist

eine Dezentralisierung mit distributiven und allokativen Problemen verbunden. Regionen unterscheiden sich in ihrem Finanzbedarf und ihrer Finanzkraft, falls die Bereitstellung öffentlicher Güter ungleiche Kosten verursacht, beziehungsweise die lokalen Regierungen eine unterschiedliche Steuerbasis besteuern können. Solche ungleichen Zustände auf lokaler Ebene führen damit zu *fiskalischen Disparitäten*.

Wenn die Gebietskörperschaften auf die Besteuerung einer mobilen Steuerbasis angewiesen sind, kommt es zu strategischen Steuerwettbewerb. Oates fasst dieses Phänomen wie folgt zusammen: „The result of tax competition may well be a tendency toward less than efficient levels of output of local public services. In an attempt to keep tax rates low to attract business investment, local officials may hold spending below those levels for which marginal benefits equal marginal cost, particularly to those programs that do not offer direct benefits to local businesses.“ Die lokalen Gebietskörperschaften beziehen sogenannte *fiskalische Externalitäten* nicht in ihr Entscheidungskalkül ein. Bei der Wahl des Steuersatzes internalisieren sie nicht die positiven Effekte, die eine Flucht der eigenen Steuerbasis auf die Finanzkraft der benachbarten Regionen haben (vgl. Wildasin (1986) und Zodrow und Mieszkowski (1986)). Daher werden tendenziell zu wenig Anstrengungen geleistet, Steuern zu erheben und einzutreiben (*tax effort*). Die einzelnen Regionen befinden sich in einem Gefangenendilemma: Ein höherer *tax effort* wäre für die Gesamtheit der Gebietskörperschaften von Vorteil, jedoch wird keine lokale Regierung den *tax effort* unilateral erhöhen.

Finanzausgleich bei vollkommener Information

Um diese distributiven und allokativen Probleme zu lösen, schlägt Oates ein Transferschema vor, das sowohl aus sogenannten *matching grants* als auch aus *unconditional grants* besteht.

Die ungebundenen und damit anreizneutralen *unconditional grants* stellen Ausgleichszahlungen dar, um fiskalische Disparitäten zu reduzieren. Bei den *matching grants* handelt es sich dagegen um Transferzahlungen, die proportional

zum geleisteten *tax effort* sind. Die Idee ist, die marginalen Kosten der Bereitstellung öffentlicher Güter durch eine Pigou Subvention zu senken. Dabei bestimmt der marginale Effekt der Steuerpolitik einer konkreten Gebietskörperschaft auf die benachbarten Regionen die Höhe der Subvention.

Die externen Effekte, die durch den Wettbewerb um eine mobile Steuerbasis verursacht werden, können so internalisiert werden. Im Idealfall werden gleichwertige Bedingungen in den Gebietskörperschaften gewährleistet und gleichzeitig die allokativen Probleme des Steuerwettbewerbs gelöst.

Oates betont allerdings, dass ein solches System hohe Ansprüche an die Informationsstruktur stellt. Die Zentralregierung muss nämlich jeden *matching grant* und *unconditional grant* auf die spezielle Situation jeder einzelnen Gebietskörperschaft maßschneidern und damit die Situation auf der lokalen Ebene kennen. Wenn allerdings die Gebietskörperschaften besser die über lokale Situation vor Ort informiert sind, kann es zu Anreizproblemen kommen.

Finanzausgleich mit Nebenwirkungen

In vielen Fällen kennen die lokalen Regierungen die Situation vor Ort besser, sie können daher auch die gezielteren Politikmaßnahmen ergreifen. So wird zum Beispiel in Altemeyer-Bartscher und Kuhn (2004) angenommen, dass die Kosten der Bereitstellung öffentlicher Güter von den lokalen Regierungen besser abgeschätzt werden können. Bei einer asymmetrischen Informationsstruktur kann Finanz- und Lastenausgleich schwerwiegende Nebeneffekte, die sich auf die lokale Politik auswirken, haben:

Werden im Rahmen des Finanzausgleichs fiskalische Disparitäten auf lokaler Ebene ausgeglichen, sind die lokalen Informationen unerlässlich, um einen optimalen *unconditional grant* für jede Gebietskörperschaft zu bestimmen. Hier besteht die Gefahr, dass Gebietskörperschaften tendenziell ihre Lage schlechter darstellen werden, falls sie damit höhere Zuweisungen erhalten können. Der Steuerwettbewerb kann dieses Anreizproblem sogar noch verschärfen, denn Gebietskörperschaften

haben einen Anreiz geringeren *tax effort* durch höhere Zuweisungen zu substituieren.

Außerdem hängen die reziproken Externalitäten des Steuerwettbewerbs von der lokalen Gegebenheit ab. Daher sind auch für die Bestimmung der *matching grants* Informationen über die lokale Situation unentbehrlich.

Wünschenswert wäre, einen Finanzausgleich zu implementieren, der drei wichtige Funktionen erfüllt. Die externen Effekte des Steuerwettbewerbs werden gezielt korrigiert, die fiskalischen Disparitäten werden ausgeglichen und die Gebietskörperschaften geben stets wahre Auskünfte über die lokalen Umstände.

Wie sollte ein Finanzausgleich gestaltet sein, damit die fiskalischen Disparitäten wirkungsvoll ausgeglichen werden?

Finanzausgleich und Anreizkompatibilität

Mit dieser Fragestellung haben sich Altemeyer-Bartscher und Kuhn (2004) und Bordignon et al. (2001) befasst. In Altemeyer-Bartscher und Kuhn (2004) wird ein zweistufiges Bayesianisches Spiel modelliert. Auf der ersten Stufe offeriert das Land ein anreizkompatibles Transferschema, auf der zweiten Stufe findet strategischer Steuerwettbewerb der Kommunen um eine mobile Steuerbasis statt. Nach dem *Revelationsprinzip* können wir unsere Suche nach optimalen Transferschemen auf direkte anreizverträgliche Revelationsmechanismen beschränken.

Welche Form hat ein anreizkompatibler Finanzausgleich? Die Zentralregierung schlägt ein Menü von verschiedenen Transfers vor, die an konkrete Politikmaßnahmen gebunden sind, wie zum Beispiel ein bestimmter *tax effort*. Nun erweisen sich unterschiedliche Politikmaßnahmen auf lokaler Ebene für die heterogene Situation vor Ort als optimal. Deshalb enthält das Menü ein Tupel für jede denkbare lokale Situation. Die Zentralregierung lässt die gut informierten Gebietskörperschaften eigenständig ein Tupel aus dem Menü wählen, das eine bestimmte Zuweisung für eine bestimmte Politikmaßnahme verspricht. Ein solches Menü allein garantiert natür-

lich noch nicht, dass auf lokaler Ebene eine optimale Politik betrieben wird. Um das zu erreichen, muss das Menü durch die Zentralregierung so konzipiert sein, dass jeder Typ ein Tupel aussucht, welches den Gegebenheiten vor Ort entspricht. Beim Design eines sogenannten anreizverträglichen Menüs müssen allerdings den kosteneffizienten Gebietskörperschaften Prämien (*Informationsrenten*) gewährt werden, damit diese keinen Anreiz mehr haben ihre Situation schlechter darzustellen. Solche Prämien werden neben den Ausgleichzahlungen zusätzlich gewährt. Prämien, die nötig sind, um Anreizverträglichkeit zu erreichen, schränken den Spielraum für eine föderale Umverteilung erheblich ein. In Analogie zu dem Ergebnis der optimalen Besteuerung von Mirlees (1971) wird daher wie folgt argumentiert: Eine Verzerrung des zu leistenden *tax effort* für weniger effiziente Typen macht für diese Gebietskörperschaften höhere Zuweisungen erforderlich. Jedoch würde das gleichzeitig eine Untertreibung der Typen für effizientere Gebietskörperschaften weniger attraktiv machen und damit deren Informationsrenten verringern. Bei der Formulierung des optimalen Menüs gibt es daher einen *trade-off* zwischen einer effizienteren Politikmaßnahme und einer geringeren Informationsrente.

Allerdings handelt es sich in dieser Hinsicht bei dem Konzept eines anreizkompatiblen Finanzausgleichs um ein komplexeres Problem als bei Mirlees (1971). Beim Finanzausgleich muss beachtet werden, dass die Gebietskörperschaften eine endogene Steuerbasis besteuern. Neben dem oben genannten *trade-off* müssen auch die positiven fiskalischen Externalitäten in das Kalkül einbezogen werden. Der *tax effort* im Steuerwettbewerb einer Föderation ist ein strategisches Kompliment. Höhere Steuersätze bei den Nachbarn ermöglicht es auch einer konkreten Gebietskörperschaft, höhere Steuern zu setzen, ohne eine große Abwanderung mobiler Steuerbasis zu fürchten. Verzerrungen des *tax effort* zur Reduzierung der Informationskosten können daher neue Kosten verursachen. Die Existenz eines solchen erweiterten *trade-offs* wird in Altemeyer-Bartscher und Kuhn (2004) bewiesen.

Literatur:

- ALTEMEYER-BARTSCHER, M. (2004), On Federal Redistribution and Optimal Incentives for Local Government Policies, *working paper*.
- ALTEMEYER-BARTSCHER, M. und T. KUHN (2004), Optimal Transfer Schemes in Federal Systems with Tax Competition, *working paper*.
- BORDIGNON, M., P. MANASSE und G. TABELLINI (2001), Optimal Regional Redistribution under Asymmetric Information, *Center for Economic Policy Research Discussion Paper 1437*.
- BESLEY, T. und A. CASE (1995), Incumbent Behavior: Vote-Seeking, Tax-Setting and Yardstick Competition, *American Economic Review*, 85: 1, pp. 25 - 45.
- MIRLEES, J. (1971) An Exploration in the Theory of Optimal Income Taxation, *REVIEW OF ECONOMIC STUDIES*, 39, pp. 175 - 298
- OATES, W. E. (1972) Fiscal Federalism, HBJ, New York.
- WILDASIN, D.E. (1986) Public Sector Economics, Chur.
- Zodrow, G.R. und P. MIESZKOWSKI (1986) Pigou, Tiebout, property tax competition, and the underprovision of public goods, *Journal of Urban Economics*, 19, pp. 356 - 70.

Vereinigung der anderen Art: Fusion zweier Universitäten in Südafrika

Bericht über eine Forschungs- und
Lehrkooperation mit der University of
Kwazulu-Natal (Durban)

von Dr. Andrea Fried

Die Teilung Südafrikas verlief nicht - wie zum Beispiel in Deutschland - entlang einer Grenze zwischen zwei Ländern, sondern vielmehr innerhalb der Gesellschaft zwischen *african*, *indian*, *white* und *coloured people*. Vor diesem Hintergrund bekam die Reformierung der Hochschulbildung seit 1994 einen äußerst sensiblen Charakter, denn die Geschichte der Universitäten in Südafrika und die daraus folgenden Restriktionen stehen stellvertretend für die Politik des ehemaligen Apartheidregimes.

Die University of Natal (NU) in Durban, Südafrika, wurde 1910 für weiße Studierende gegründet. Bevor die NU den Status einer unabhängigen Universität 1949 aufgrund der schnell steigenden Zahl von Studierenden, des Kursangebotes und der Forschungsmöglichkeiten erhielt, gehörte sie zur University of South Africa. Von 1946 an hatte die Universität einen Campus in Durban und einen in Pietermaritzburg. Eine Medical School für African, Indians und Coloured wurde 1947 eröffnet. Nach den politischen Repressionen in den 1960er Jahren wurde als Zugeständnis an indischstämmige Studierende in Durban die University of Durban-Westville (UDW) errichtet. Die UDW durfte ausschließlich Studierende indischer Herkunft immatrikulieren, deren Mehrheit von den ehemaligen Arbeitskräften aus Indien entstammen, die die Briten zur Arbeit auf den Zuckerrohrfeldern in der Region Natal angeheuert hatten. In den 1960er Jahren boykottierte die *Indian community* in Durban die Universität, so dass die Anzahl der Studierenden zu Beginn sehr gering war. Erst als die *Indian community* ihre Boykottstrategie in eine Strategie der „education under protest“ wandelte, stieg die Zahl der Studierenden beträchtlich und wurde zum Ort radikaler Studentenproteste der Antiapartheid-Bewegung. 1971 wurde die UDW

akademisch unabhängig. Durch den enormen Druck der Studierenden und Fakultäten und die Veränderungen durch den *Education Act* von 1984 konnte die Universität allen Studierenden unabhängig von Rasse, Sprache oder ethnischer Herkunft Zugang zum Studium gewähren. Der erste schwarze *Vice Chancellor* wurde 1990 gewählt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und ihrer unterschiedlichen Geschichte sind die NU und die UDW seit dem 01. Januar 2004 mit einer neuen Herausforderung konfrontiert: Um eine Konsolidierung der Hochschullandschaft in Südafrika zu erreichen, erließ das südafrikanische Bildungsministerium im April 2003 ein Dokument zur „Higher Education Restructuring and Transformation“. Hauptanliegen war es, die Vereinigung zwischen vormals „weißen“ und anderen Universitäten voranzutreiben. Damit soll einerseits der Entwicklung entgegen gewirkt werden, dass auch nach Öffnung der Universitäten für alle Rassen beispielsweise weiße Studierende an der UDW immer noch eine Minderheit darstellen und das Image der UDW aufgrund ihrer Geschichte (und nicht aus qualitativen Gründen) geringer ist. Andererseits ist dieser Vereinigungsprozess, wie man sich leicht denken kann, ein extrem komplexer und schwieriger Prozess (wir erleben dies ja gerade in ähnlicher Form mit der Umstellung von Diplom- auf Bachelor-/Masterstudiengänge) in dem es gilt, unterschiedliche Studienangebote, Verwaltungs- und Finanzierungssysteme und akademische Reputationen zu integrieren (z. B. wollten 2003 viele der Studierenden aufgrund des geringeren Images eines Abschlusses an der vereinigten Universität ihren Bachelor/Master noch als NU-Abschluss anerkannt haben). Sogar die Suche nach einem neuen Namen war keine allein interne Entscheidung, sondern wurde zu einer nationalen Kampagne mit über 1.500 Vorschlägen. Seit Januar 2004 ist der Name der vereinigten Universität nun University of Kwazulu-Natal, die damit den Namen der Provinz und ihrer Ureinwohner, den Zulus, in sich trägt. Darüber hinaus ist die Vergabe zentraler Positionen innerhalb der akademischen Selbstverwaltung ein hoch politischer Prozess: Nach der *Black Economic Empowerment Commission*, die 1998 in Südafrika ins Leben gerufen wurde, muss der Anteil der

schwarzen Bevölkerung an solchen Positionen erhöht werden. Für öffentliche Einrichtungen steht damit die Vorgabe, dass mindestens 50 Prozent der Stellen auf jeder akademischen und administrativen Ebene innerhalb der nächsten zehn Jahre an Schwarze vergeben werden müssen. Diese Vorgabe soll der Rassendiskriminierung entgegenwirken, ohne dass das existierende Potenzial des Landes und seiner Universitäten zerstört wird.

Im Dezember 2003 folgte ich einer Einladung des Marketing Departments der University of Natal zu einem Forschungsaufenthalt, bei dem ich neben dem wissenschaftlichen Anlass die Chance hatte, Einblicke in den Vereinigungsprozess zwischen der NU und der UDW zu erhalten. Für zwei Wochen hatte ich die Gelegenheit, mit Universitätsangehörigen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Einsichten und Perspektiven zu diskutieren. Darüber hinaus hielt ich gemeinsam mit Prof. Dr. Pumela Msweli-Mbanga ein PhD-Seminar zum Thema Marketing und Knowledge Management ab und gab Konsultationen zu diesem Themenbereich. Das zentrale Anliegen des Besuches war das Thema „Entrepreneurs in Direct selling organisations“. Diese Organisationen sind durch selbständige, unabhängige Vertragsnehmer charakterisiert und häufig im Vertrieb von Produkten angesiedelt. Die organisationalen Eigenschaften von Direct selling organisations (DSO) und die Rolle ihrer Vertragsnehmer stellen einen für Südafrika typischen Fall der derzeitigen Diskussion rund um die Subjektivierung von Arbeit (Moldaschl/Voß 2002) in der Wissensgesellschaft dar: Zum einen sind sie eine Organisationsform, in denen Mitglieder ihre eigene Arbeitsorganisation und -umwelt schaffen. Zum anderen profitieren Organisationen wie DSO nicht nur davon, dass sie an ihre Vertragsnehmer das Geschäftsrisiko übertragen, sondern müssen sich dem Umstand stellen, dass ihnen im gleichen Maße die Kontrolle über das organisationale Wissen ihrer Vertragsnehmer und über das Image ihres Unternehmens verloren geht. Die Untersuchung dieses Phänomens ist Gegenstand eines Teiles der geplanten Kooperation zwischen dem Marketing Department und dem Lehrstuhl für Innovationsforschung und nachhaltiges Ressourcenmanagement. Der Gegenbesuch

von der (nunmehr entstandenen) University of Kwazulu-Natal fand am 21. und 22. Juli 2004 statt. Prof. Dr. Alain Coldwell, Head of Postgraduate Program, besuchte die Technische Universität Chemnitz und den Lehrstuhl für Innovationsforschung und nachhaltiges Ressourcenmanagement. Damit wurde die Verabredung von Dezember 2003 eingehalten, über eine wissenschaftliche Kooperation resp. einen Studierenden-austausch nachzudenken und durch erste konkrete Gespräche in die Wege zu leiten. Ergebnis war, dass ein Austausch in zwei Stufen erfolgen kann: Die erste Stufe soll als Eröffnungsphase gelten, in der beispielsweise auf Basis einer gemeinsamen, evtl. vergleichenden Diplomarbeit mit einem südafrikanischen und einem deutschen Studierenden ausgetestet werden kann, wie eine Zusammenarbeit auf studentischer Ebene in der wissenschaftlichen Arbeit und im Alltag funktioniert. In einer zweiten Phase könnten dann auch die gegenseitige Anerkennung von credit points in Erwägung gezogen und auf fakultärer Basis abgesprochen werden. Darüber hinaus wurden mit dem Internationalen Universitätszentrum (Frau Esther Smykalla) erste Überlegungen angestellt, wie ein finanzieller Rahmen für einen solchen Studierendenaustausch aussehen könnte.

Im Nachgang des Besuches von Prof. Coldwell an der TU Chemnitz und am Lehrstuhl für Innovationsforschung und nachhaltiges Ressourcenmanagement schrieb er: „This is just a short note to convey my thanks to you for your kind hospitality and efficiency during my visit to Chemnitz University. It was extremely good of you to ferry me around and show me the various places of interest in Chemnitz and I appreciated it very much indeed. I have to say that I was most impressed by the knowledge and disciplinary focus your colleagues displayed during the very productive seminar you kindly set-up for my visit. I sincerely believe that through your help we have accomplished the platform for potential fruitful exchanges of postgraduate students and collaborative research in Management Science between the two Universities.“

Vogelperspektive aus der 41. Etage - Praktikum bei der DekaBank

von Katja Drechsel

Ob bei n-tv oder Bloomberg, immer wieder geben die Volkswirte der Deka-Bank Interviews zu aktuellen Themen. Sie informieren mit ihren Publikationen, wie „Volkswirtschaft Aktuell“ und „Emerging Markets Brief“ über aktuelle wirtschaftliche Ereignisse und deren Wirkungen auf die Märkte. Aber auch in wöchentlichen Meetings mit Aktien- und Rentenfondsmanagern des Hauses werden ihre Prognosen und Erwartungen weitergegeben.

Im Rahmen eines dreimonatigen Praktikums bekam ich die Möglichkeit, bei den volkswirtschaftlichen Analysen selbst mitzuwirken und bei Präsentationen dabei zu sein. Von Anfang an wurde ich in die Abläufe des Teams eingebunden und mit einer Vielzahl von Aufgaben betraut. Den Großteil meines Praktikums arbeitete ich für den Bereich der Emerging Markets. Verschiedene Deka-Bank-Indikatoren wie der Deka Converging Europe Indicator (DCEI) oder der Deka Country Risk Indicator (DCRI) wurden auf die gesamte Länderpalette des Emerging Markets Sachgebietes ausgeweitet.

Nach einer Schulung zum richtigen und effizienten Einsatz von Finanzmarkt-Software war es meine Aufgabe, verschiedene Datenreihen mittels Bloomberg, Datastream, EIU oder Feri abzufragen. Danach wurden diese wirtschaftlichen Zahlen aufbereitet und in Tabellen sowie Graphiken dargestellt. Immer wieder kamen kleinere Aufgaben dazwischen, wie Recherchen zu aktuellen Themen, wie z. B. US-Wahlen, Notenbankpolitik oder EU-Beitrittsverhandlungen, oder die Begleitung meiner Kollegen zu TV-Interviews bei Bloomberg oder an der Börse.

Natürlich erhielt ich auch Einblick in die anderen Bereiche der volkswirtschaftlichen Abteilung, denn schließlich hat die Konjunkturentwicklung in den USA genauso viel Einfluss auf die Märkte wie beispielsweise der in den letzten

Monaten drastisch gestiegene Ölpreis. Demzufolge war auch die Datenaufbereitung in bezug auf Ölpreise, -reserven und -verbrauch genauso wichtig wie Länderanalysen in den USA oder im Euroland. Des Weiteren konnte ich auch am internen Länderrating mitarbeiten und selbst ökonomische Schätzungen mittels Eviews vornehmen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich mein theoretisches Wissen aus dem Uni-Alltag wieder gut mit Praxis untermauern konnte und die Zeit in Frankfurt als sehr lehrreich empfand, vor allem wenn man die globale Konjunktur aus der Höhe des 41. Stockwerks betrachten und von zahlreichen Erklärungen der Volkswirte profitieren kann.

Wirtschaftsförderung in der Region Chemnitz-Zwickau

Frau Birgit Casper, Studentin des Studienganges European Studies, analysierte im Rahmen ihres Bachelor-Abschlussprojektes an der TU Chemnitz die Möglichkeiten zur Verbesserung der Position einer Region im nationalen und internationalen Wettbewerb. Am Beispiel der Region Chemnitz-Zwickau untersuchte sie dabei vor allem die Rolle regional agierender Wirtschaftsförderungseinrichtungen. Frau Casper stellte die Ergebnisse ihrer Untersuchungen auf Internetseiten dar, welche über die Internetadresse http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/ewi/projekte/reg_wifoe.php abgerufen werden können.

Auf den erstellten Seiten erfolgt ein kurzer Abriss über die Lage und Geschichte der einzelnen Gebietskörperschaften der Region Chemnitz-Zwickau. Unter der Rubrik Wirtschaftsdaten erhält man Informationen zum Bruttoinlandsprodukt der Jahre 1995 und 2001 für die einzelnen Gebietskörperschaften und kann gut erkennen, dass das BIP pro Erwerbstätigen in allen Gebietskörperschaften gestiegen ist. Des Weiteren wird graphisch veranschaulicht, dass die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im ersten Halbjahr 2002 im verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen am höchsten waren. Ein enormer Zuwachs ist bei den Gewerbeanmeldungen 2003 im Bereich der Dienstleistungen zu erkennen. Außer-

dem erfolgt ein Überblick zur Flächenaufteilung sowie zur Bevölkerungsverteilung und -entwicklung in der Region. Frau Casper gibt eine kurze Definition der klassischen Hauptaufgaben der Wirtschaftsförderung, zu denen die Bestandspflege, die Neuansiedlung sowie die Existenzgründung zählen. Speziell geht sie auf Standortfaktoren der Region, wie z. B. Verkehrsanbindung, Arbeitskräfte und finanzielle Faktoren ein, welche sie durch konkrete Anwendung an der Beispielregion belegt. Schließlich stellt sie Einrichtungen vor, welche zur Förderung der Wirtschaft dienen, wie z. B. die Chemnitzer Wirtschafts- und Entwicklungsgesellschaft mbH (CWE), die Örtliche Industrie- und Handelskammer sowie die Förderungseinrichtung Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau. Deren Internetauftritte können direkt durch Verknüpfungen erreicht werden.

Frau Casper geht im Folgenden noch auf Unterstützungsmaßnahmen der Region durch den Bund bzw. durch die EU ein. In der EU werden Wirtschaftsförderungsprojekte im Rahmen der Regionalpolitik durchgeführt, wobei das Ziel in einen Ausgleich von Entwicklungsunterschieden zwischen den einzelnen Regionen der EU zur Stärkung des wirtschaftlichen wie auch sozialen Zusammenhaltes in der Gemeinschaft im Mittelpunkt steht. Durch die Einteilung der Gebiete in Zielklassen werden entsprechend unterschiedliche Ziele verfolgt. Des Weiteren existieren im Rahmen der vier Gemeinschaftsinitiativen, wie z. B. INTERREG und URBAN, welche kurz erläutert werden. In der BRD ist die „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und zugleich die Herstellung gleicher Lebensbedingungen und der Abbau von regionalen Ungleichheiten Gemeinschaftsaufgabe. Dabei erfolgt die Finanzierung zu gleichen Teilen durch den Bund und das jeweilige Bundesland. Abschließend gibt Frau Casper noch einen Überblick über das Projekt und rundet ihren Internetauftritt mit weiteren Fotos der Region ab.

Alumni

Interview TU Chemnitz mit Marco Gorgas

Interview geführt von Dr. Th. Steger

Wie bist Du zum Studium an die TU Chemnitz gekommen?

Ich hatte damals in Chemnitz gelebt und mich daher unter anderem auch an der TU Chemnitz über das betriebswirtschaftliche Lehrangebot informiert. BWL befand sich damals im Aufbau und wurde von sehr guten, renommierten Professoren etablierter Universitäten unterstützt. Andererseits war die Quote Professor zu Studenten weitaus besser als an meinen Vergleichsuniversitäten. Nicht zuletzt hat Anfang der 90er Jahre, direkt nach der Wiedervereinigung auch der finanzielle Aspekt eine wichtige Rolle in der Wahl des Studienortes gespielt.



Marco Gorgas

Warum hast Du Dich für Betriebswirtschaft entschieden?

In meiner ursprünglichen Berufsplanung sah ich mich als zukünftiger Steuerberater. Der für mich beste Weg dahin bestand in einem Studium der Betriebswirtschaftslehre. Im Laufe meiner Praktika während des Studiums hat sich dieser Berufswunsch in Richtung Unternehmensberatung mit Schwerpunkt Marketing & Vertrieb verändert.

Was hast Du nach Deinem Studienabschluss (bis heute) gemacht?

Nach meinem Studium habe ich Mitte 1998 bei der strategischen Unternehmensberatung Gemini Consulting im Bereich Marketing & Vertrieb angefangen. Im Rahmen der Übernahme der Beratungssparte von Ernst & Young im Jahr 2000 wurde Cap Gemini Ernst & Young gebildet, die seit April 2004 unter dem Namen Capgemini firmiert. Capgemini ist das größte europäische Beratungsunternehmen und konzentriert sich auf die Beratungsschwerpunkte Beratung (inkl. Strategieberatung), Technologie und Outsourcing.

Nach der klassischen Entwicklung vom Berater über Seniorberater bin ich heute als Projektleiter mit den Schwerpunkten Marketing & Vertrieb und Restrukturierung in verschiedenen Industrien tätig.

Was von all den Dingen, die Du im Verlauf des Studiums gelernt hast, ist Dir in Deiner heutigen Arbeit besonders wichtig?

Zwei Punkte waren mir sehr hilfreich: die fundierte allgemeine betriebswirtschaftliche Ausbildung und die sehr guten Grundlagen im Bereich Marketing und Handelsbetriebslehre.

Die Beratungsschwerpunkte meiner täglichen Arbeit reichen von produktions-/vertriebstechnischen, über kaufmännische bis hin zu personalrechtlichen Themen. Dabei umfasst die Tätigkeit als Berater alle Hierarchieebenen vom Vorstand über das mittlere Management bis hin zu Gruppenleitern und Arbeitern bzw. Angestellten. Das breite betriebs- und volkswirtschaftliche Grundlagenwissen im Rahmen des Studiums, ergänzt durch ständige Weiterbildung durch die Medien und Fachliteratur sowie Schulungen, sind eine wichtige Basis in meinem täglichen Berufsalltag.

Meine im Rahmen des Studiums erworbenen Marketing- und Vertriebskenntnisse haben mir den Einstieg in die Beratung fachlich stark vereinfacht. Und die fünf Kräfte von Porter oder auch die klassische Stärken/Schwächen/Chancen/Bedrohungen (SWOT) -Analyse gehören heute bei jedem Projekt zum alltäglichen Standard.

Letztlich habe ich aber auch das eigenständige Arbeiten und Bearbeiten eines Themas während des Studiums gelernt. Diese Selbstdisziplinierung und Zielorientierung ist ein wichtiger Bestandteil meiner täglichen Arbeit als Berater im Allgemeinen und als Projektleiter im Speziellen.

Was würdest Du einem Studenten, der sich für eine Tätigkeit im Bereich der Unternehmensberatung interessiert, für sein Studium empfehlen?

Neben den theoretischen Grundlagen im Rahmen des Studiums sind praktische Erfahrungen in Form der Praktika enorm wichtig. In meinen Gesprächen mit Bewerbern für unser Unternehmen fällt mir immer wieder auf, dass viele studentische Bewerber nur eine vage Vorstellung von der Tätigkeit als Berater haben.

Die Arbeit als Berater erfordert neben analytischen Grundfähigkeiten vor allem sehr viel Einsatzbereitschaft (lange Arbeitstage), Flexibilität (kurzfristige Entscheidungen über Einsatzorte), Kompromissbereitschaft (Fach- und Industrierünsche können nicht immer erfüllt werden) und nicht zuletzt ausgeprägte Teamfähigkeit (regelmäßig wechselnde Teams). All diese Komponenten kann man nur durch ein Praktikum bei einer Beratung umfassend erfahren. Wenn einem diese Inhalte bei dem Einstieg als Berater bewusst sind, kann die Beratung ein sehr interessantes und vielfältiges Feld mit umfassenden Möglichkeiten sein.

Während des Studiums sollte man zudem auf gute Vor-/Diplomnoten, zügige Studiendauer, Auslandsaufenthalte (Studium und /oder Praktika) und Tätigkeiten neben dem Studium (z. B. studentische Unternehmensberatung, anspruchsvolle Nebentätigkeiten) achten.

Wenn Du nochmals am Beginn Deines Studiums ständest, was würdest Du aus heutiger Sicht anders machen?

Ich habe erst verhältnismäßig spät ein Auslandssemester durchgeführt und erst gegen Ende des Studiums eine Tätigkeit bei einer studentischen Unternehmensberatung begonnen. Diese Aktivitäten würde ich aus heutiger Sicht bewusst zeitiger, bereits während der Vordiplomsemester beginnen. Der Fokus im

Studium und während der späteren Berufswahl wird dadurch nicht nur geschärft, sondern in der Regel auch erheblich vereinfacht. Das eigenständige Bearbeiten von Aufgaben erleichtert auch den Start als Berater.

Italienischer Wissenschaftler in Chemnitz

von Katja Drechsel

Seit Beginn des Wintersemesters 2004/2005 arbeitet Omar Feraboli am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der TU Chemnitz. Der aus dem italienischen Cremona stammende Wissenschaftler sammelte neben seinem Studium der theoretischen Volkswirtschaft in Parma schon früh Erfahrungen mit der ökonomischen Praxis. Er arbeitete nebenbei in der väterlichen Getreidehandelsfirma. So z. B. waren auch Getreidemessen in Bologna oder Mailand der Grund, warum sein Studium erstmal in den Hintergrund getreten war. Doch er entschloss sich 1997, sein Studium im Rahmen eines Masterstudiengangs in Economics engagiert wieder aufzunehmen und zu vertiefen. Um seine Kenntnisse der englischen Sprache zu nutzen und andere Kulturen kennenzulernen, ging er an die University of Dundee in Schottland. Dort zeigte Feraboli neben großem Lerneifer auch Fähigkeiten als Italienischlehrer für seine Mitkommilitonen. Mit einem der besten Abschlüsse bekam er dann ein Stipendium und eine Empfehlung für die University of Essex in Colchester, an der er im Jahr 2000 seinen Masterstudiengang abschloss.

Schließlich setzte er seine ökonomische Karriere mit einer PhD-Forschungsarbeit fort, aber weder in England, noch in seiner Heimat Italien. Denn einerseits fehlte die finanzielle Unterstützung für ausländische Doktoranden und andererseits die entsprechenden Kontakte, um an die begehrten Doktorandenstellen zu gelangen. Deshalb hat sich der sehr europäisch aufgeschlossene Feraboli an der Universität Hamburg beworben und forschte seitdem auf dem Gebiet der Handelsliberalisierung in Jordanien. In dem von der DFG geförderten Projekt untersuchte er verschiedene Effekte bei der Einführung einer Freihandelszone

im Rahmen des Euro-Mediterranean Abkommens für die jordanische Wirtschaft. Zur Erklärung nutzte Feraboli dabei ein allgemeines dynamisches Gleichgewichtsmodell. Nebenbei gab er auch Tutorien an der Universität Hamburg in Wachstumstheorie und Ökonometrie.



Dipl.-Vw. Omar Feraboli

Seit einigen Wochen ist er nun in Chemnitz und hat sich bereits gut eingewöhnt. Nicht nur von den schönen Kaßbergvillen ist er beeindruckt, sondern auch von der Mischung aus historischer und neuer Architektur in der Innenstadt. An der Universität befasst er sich nun mit vielem makro- und mikroökonomischen Themen und wird im kommenden Semester voraussichtlich auch eine Vorlesung in englischer Sprache anbieten. Aber bis dahin lernt er fleißig Deutsch und ist über jedes Gespräch erfreut, um sein neues Umfeld besser kennenzulernen.

Zitate und Ökonomie

„Es gibt keinen größeren Köder als Verlangen, keinen größeren Fluch als Unzufriedenheit, kein größeres Missgeschick als Habgier. Wer weiß, dass genug genug ist, wird immer genug haben.“
Laotse (6. oder 4. - 3. Jh. v. Chr.), eigentlich Laozi, nur legendenhaft fassbarer chinesischer Philosoph, Begründer des Taoismus, Laotse bedeutet 'der Alte' und sein Sippename war 'Li Er'.

„Die Begierde ist nach der Erfüllung der Wünsche ebenso ungestillt, wie sie es

vorher war.“

Martin Luther (1483 - 1546), deutscher Theologe und Reformator.

„Inflation nennt man den Zustand, in dem auch ärmere mal über mehr Geld verfügen.“

Erhard Blanck (*1942), deutscher Heilpraktiker, Schriftsteller und Maler.

„Die Kapitalisten werden uns noch den Strick verkaufen, mit dem wir sie aufknüpfen.“

Wladimir Iljitsch Lenin (1870 - 1924), eigentlich Wladimir Iljitsch Ulanow, russischer Revolutionär und sowjetischer Staatsmann.

„Rezession ist, wenn die Löhne fallen und die Diäten steigen.“

Klaus Klages (*1938), deutscher Gebrauchsphilosoph und Abreißkalenderverleger.

„Den Kleinen hängt man den Brotkorb höher, den man hält. Die Großen lässt man (ungern) laufen, auch und besonders die mit ihrem vielen Geld. Das war schon immer Norm, doch heut nennt man's dreist 'Reform'.“

Erhard Blanck (*1942), deutscher Heilpraktiker, Schriftsteller und Maler.

„Der Satz 'Wir müssen den Gürtel enger schnallen' bewirkt bei einigen Zeitgenossen, dass sie sich erst einmal den Bauch kräftig vollschlagen, um mit der weitesten Einstellung beginnen zu können.“

Helga Schäferling (*1957), deutsche Sozialpädagogin.

„Deutschland schizophren: Entweder du konsumierst, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen, oder du sparst, um deine Rente in Schwung zu bringen.“

Wolfgang J. Reus (*1959), deutscher Journalist, Satiriker, Aphoristiker und Lyriker.

„Die Fassung der Edelsteine erhöht ihren Preis, aber nicht ihren Wert.“

Ludwig Börne (1786 - 1837), deutscher Schriftsteller, Denkrede auf Jean Paul.

Veranstaltungstermine

Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen

Lectures and Brown Bag Seminars
Dezember 2004:

01.12.2004, 12.00 - 13.30 Uhr

BBS by Ping Chen, Beijing

„Evolutionary dynamics of division of labor and market-share competition“

02.12. - 04.12.2004

Workshop

„Evolutionary Concepts in Economics and Biology“

07.12.2004, 16.15 - 17.45 Uhr

Lecture by Alexander Field, Santa Clara

„Group selection and economic theory“

08.12.2004, 12.00 - 13.30 Uhr

BBS by Ping Chen, Beijing

„On nonlinear macro dynamics with latest algorithm“

09.12.2004, 15.00 - 16.30 Uhr

BBS by Michael Dahl, Aalborg

„Are you experienced?“

Impressum:

Herausgeber: Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft e.V.

c/o Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, TU Chemnitz, 09107 Chemnitz

Annahme von Beiträgen und Redaktion:
Dr. Dirk Rübbecke, Reichenhainer Str. 39, Zi. 107, Telefon: 0371/531-4212, Telefax: 0371/531-3963, E-mail: dirk.ruebbecke@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Layout: Marlene Richter, Reichenhainer Str. 39, Zi. 518, Telefon: 0371/531-4197, E-mail: marlene.richter@wirtschaft.tu-chemnitz.de

ISSN (Print-Ausgabe): 1610-8248

ISSN (Internet-Ausgabe): 1610-823X

■
CHEMNITZER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT
C/O FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ
REICHENHAINER STR. 39
09107 CHEMNITZ